

Weßling, 24.9.2015

**Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde der Weßlinger SPD,**

ich lade Euch herzlich ein zu unserer

öffentlichen Mitgliederversammlung

am

**Donnerstag, 1. Oktober 2015 um 19:30 Uhr
im Gasthof / Hotel Zur Post, Hauptstr. 34, Weßling.**

Ich schlage folgende Agenda vor:

1. Begrüßung und Bestätigung der Tagesordnung
2. Wahl eines Revisors oder einer Revisorin
3. Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten für den Kreis (SPD-Unterbezirk Starnberg)
4. Beschluß über einen Antrag zum SPD-Bundesparteitag 2015: TTIP (siehe Anhang)
5. Information und Diskussion zu Themen aus Weßling und dem Gemeinderat
6. Verschiedenes

Ergänzungen zur Agenda könnt Ihr gerne vorab oder zu Beginn der Versammlung nennen.
Ich freue mich auf Euer Erscheinen! Gäste sind wie immer herzlich willkommen!

Mit freundschaftlichen Grüßen,



Michael Geyer



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
SPD KREISVERBAND STARNBERG

SPD Kreisverband Starnberg – Bergstraße 59 – 82131 Gauting

Julia Ney
Vorsitzende
Kreisverband Starnberg

Fon: 0171 9321829
www.julia-ney.de
mail@julia-ney.de
facebook.com/julia.ney.starnberg
twitter.com/julia_ney

Antrag des SPD-Unterbezirks Starnberg zum SPD-Bundesparteitag 2015:

Forderungen zu den möglichen Freihandelsabkommen TTIP und CETA:

Die SPD begrüßt die Fortschritte in der öffentlichen Diskussion, die durch die Resolution des Europäischen Parlaments vom Juli 2015 und durch den Vorschlag des Bundeswirtschaftsministers Sigmar Gabriel zu einem internationalen Schiedsgerichtshof erzielt wurden. Die Stellungnahme der Grundwertekommission wird ebenfalls begrüßt. Die politische Debatte über CETA und TTIP hat zu einer Schärfung des Bewusstseins über die Bedeutung der Weltwirtschaft für Europa geführt und die Chancen und Risiken, die mit entsprechenden Handels- und Investitionsverträgen verbunden sind, offen gelegt. Die SPD lehnt die geplanten Freihandelsabkommen TTIP und CETA ohne Wenn und Aber ab, wenn nicht die nachfolgenden Forderungen vollständig umgesetzt sind.

Schiedsgerichtsverfahren

Schiedsgerichte dürfen nur entscheiden

- im Rahmen der Gleichbehandlung in- und ausländischer Investoren
- in öffentlicher bestellter Zusammensetzung
- im Rahmen der Entscheidungsbefugnisse und -möglichkeiten nationaler Gerichte
- sofern nicht bereits ein Urteil eines öffentlichen Gerichtes in dieser Sache ergangen ist

Es ist auszuschließen, dass durch Formulierungen wie „gerechte und billige Behandlung“ von Investoren rechtliche Grauzonen entstehen.

Gewinnerwartungen sind nicht Bestandteil des Investitionsschutzes

Regulatorische Kooperation / Right to regulate“ – keine Einschränkung der Parlamente

SPD Kreisverband Starnberg
Vorsitzende: Julia Ney
Bergstraße 59
82131 Gauting

Fon 0171 9321829
mail@julia-ney.de
www.spd-kreis-starnberg.de

Kreissparkasse München-
Starnberg
BLZ 702 501 50
Kontonummer 0005 014 659

facebook.com/spd.kreis.starnberg
twitter.com/SPD_starnberg

Stellvertreter:
Stephan Bock, Christiane Falk,
Sissi Fuchsberger, Tim
Weidner

Die Regelungsbefugnisse aller demokratisch legitimierten Gremien, auf allen Ebenen in der EU und in den USA, dürfen nicht eingeschränkt werden, auch nicht mit der Begründung eventueller Handelshindernisse.

Ein Regulatorischer Rat, der ohne demokratische Legitimation rechtlich verbindliche Normen setzen kann, wird abgelehnt. Die Angleichung technischer Standards wird begrüßt.

Positivliste statt Negativliste

Die Abkommen dürfen sich nur auf genau definierte Bereiche beziehen (Positivliste), damit eine Ausweitung auf nicht gewünschte Bereiche (z.B. Kultur, Bildung, Daseinsvorsorge) ausgeschlossen bleibt.

Kein Verbot von Re-Kommunalisierung

In den Verträgen dürfen keine Klauseln enthalten sein, die eine Übernahme von Leistungen in öffentliche Verantwortung verhindern.

ILO

Die Einhaltung der ILO-Normen muss gewährleistet sein.

Keine Abschottung gegenüber anderen Ländern

Das Abkommen muss offen sein für weitere Länder und darf andere Länder nicht benachteiligen.

Kündigungsklausel

Eine Kündigung der Abkommen muss möglich sein. Eine Vertragsrevision ist nach 10 Jahren durchzuführen, wie es in anderen internationalen Abkommen üblich ist.

Grundsätze der Handelspolitik:

Handelspolitik sollte auf der Achtung von Menschenrechten, Souveränität und Demokratie beruhen und auf hohe soziale und ökologische Standards ausgerichtet sein.